

ANFRAGE von Bettina Volland (SP, Zürich), Anna Guler (SP, Zürich) und Esther Arnet (SP, Dietikon)

betreffend Einschulung und Ausbildung von Kindern im Asylverfahren

In verschiedenen Zürcher Gemeinden werden hitzige, teilweise unsachliche Diskussionen über die Einschulung von Kindern im Asylverfahren geführt. Immer wieder kommt es vor, dass Kindern und Jugendlichen die Einschulung verweigert wird. Eine qualitativ gute Schulbildung gehört zu den Grundrechten eines jeden Kindes, unbeschrieben von Portemonnaie und Aufenthaltsstatus der Eltern. Wir bitten den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wieviele Kinder im schulpflichtigen Alter leben im Moment in den einzelnen Durchgangszentren des Kantons Zürich? Wieviele stammen aus dem Kosova? Mit welcher Entwicklung ist zu rechnen?
2. Wieviele von ihnen besuchen eine öffentliche Schule, wieviele eine zentrumsinterne Schule und wieviele haben überhaupt keinen Unterricht?
3. Wieviele Unterrichtsstunden erhalten Kinder, welche in Durchgangszentren unterrichtet werden und wie sieht der Lehrplan aus? Wie sehen diese Zahlen im Vergleich zu den öffentlichen Schulen aus? Wie stellt der Kanton sicher, dass in diesen Zentren die Qualität des Unterrichts in Bezug auf Lehrplan, Umfang und Lehrpersonal gleich ist wie an den öffentlichen Schulen? Werden diese Standards auch für Kinder aus dem Kosova eingehalten?
4. Nach welchen Kriterien wird die Einschulung in Klassen der öffentlichen beziehungsweise der zentrumsinternen Schulen vorgenommen?
5. Nach welchen Kriterien wird das Lehrpersonal ausgewählt und besoldet?
6. Bestehen Unterrichtskonzepte für Kinder und Jugendliche aus dem Kosova, welche dem Umstand Rechnung tragen, dass sie später in ihre Heimat zurückkehren werden? Werden dabei auch Ideen umgesetzt, welche den Kindern und Jugendlichen bei ihrer Rückkehr in die Heimat nützlich sind?
7. Welche Gemeinden sperren sich dagegen, Kinder von Asylsuchenden einzuschulen? Was unternimmt die Regierung in dieser Angelegenheit? Teilt die Regierung unsere Einschätzung, dass damit der Anspruch auf Rechtsgleichheit verletzt wird? Was unternimmt die Regierung gegen diesen Missstand?

Bettina Volland
Anna Guler
Esther Arnet